

Gemeinsamkeiten lagen auf der Hand

Gesamtdeutsche Gespräche an der Universität / „Generalsdenkschrift eine Unerhörtheit“

In den letzten Tagen des alten Jahres fanden an unserer Universität eine Reihe Gespräche statt, die einmal mehr davon zeugten, daß die Verständigung der friedliebenden Menschen in Westdeutschland und in unserer Republik über die entscheidenden Fragen unserer Tage notwendig und sehr fruchtbar ist. Im Ernst-Beyer-Haus und in der Fakultät für Journalistik fanden sich Studenten unserer Universität mit Kommilitonen aus Heidelberg, Essen, München, Kiel, Hamburg und Hannover zusammen, die in ihren Semesterferien zu privaten Besuchen in Leipzig weilten. Prorektor Dr. Möhle war der Bitte von Studenten unserer Universität nachgekommen und hatte diese Studenten für Donnerstag nachmittag zu diesen Zusammenkünften eingeladen, die in freimütiger und offener Atmosphäre verliefen. Am Tage zuvor waren bereits westdeutsche Ärzte mit Wissenschaftlern unserer Universität zu einer gemeinsamen Aussprache zusammengetroffen, das weitere fand im Schwestern-Kasino der Universitäts-Frauenklinik eine Zusammenkunft mit Angehörigen medizinisch-technischer Berufe aus Westdeutschland statt und eine Reihe westdeutscher Intellektueller waren einer Einladung von Prof. Dr. Neels ins Ring-Café gefolgt.

Denkende Menschen sind ihnen gefährlich

Bezugnehmend auf den Artikel „Zurück ins Mittelalter?“ (vgl. UZ Nr. 51/52 vom 14. Dezember 1960) äußerte Ernst Albrecht Krumbach, Student an der Medizinischen Fakultät:

Es sind nicht nur wirtschaftliche Gründe, die die Imperialisten bewegen, die Wissenschaft von der Jugend fernzuhalten. Das entspricht vor allem ihrer Politik und ihrer idealistischen Philosophie. Sie sind dagegen, daß die Jugend Einblick in die Gesetzmäßigkeiten der Natur erhält. Wie leicht könnte die junge Generation die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft begreifen und entsprechend handeln? Es klingt paradox, wenn man hört, daß im 20. Jahrhundert an den westdeutschen höheren Lehranstalten kaum noch Biologieunterricht erteilt werden soll.

Offenbar gehört das Kenntnis der physiologischen Vorgänge im menschlichen Körper nach Bonner Vorstellungen nicht zur Allgemeinbildung. Eine aufgeklärte Jugend, die sich über die Ursachen der Krankheiten Gedanken macht, greift auch das medizinisch so aktuelle Thema: „Mensch und Umwelt“ auf und wird nicht allein bei naturwissenschaftlichen Problemen stehenbleiben, sondern nach den gesellschaftlichen Wurzeln der Misere im westdeutschen Gesundheitswesen forschen und auch entschieden gegen den Kulturverfall kämpfen. Der „abendländische“ Bundesbürger soll nach dem Willen der klerikalen Kräfte nicht denken, sondern zum blinden Kadavergehorsam gegenüber dem Bonner Obrigkeitsstaat erzogen werden. Dieses dient den todtbringenden Plänen der Feinde des Lebens.

Ich freue mich auf meinen zukünftigen ärztlichen Beruf. Es ist eine schöne Aufgabe, menschliche Leiden zu lindern und Krankheiten zu verhüten. Das humanistische Ethos des Arztes ist bei uns lebendige Wirklichkeit. Daran werde ich stets denken und mich bemühen, mich während meines Studiums ein Höchstmaß an fachlichen Kenntnissen anzueignen.

Die kümmerliche Lage, in der sich die Wissenschaft im Bonner Monopolstaat befindet, zwang die herrschenden Kreise dieses Landes, auf ihre Art dazu Stellung zu nehmen.

„Stiefkind Wissenschaft“ betitelt sich eine Tabelle im „Volkswirt“ (Beilage vom 12. 11. 1960) die die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung gegenüberstellt. (Siehe Abbildung)

Für den oberflächlichen Betrachter scheint sich in dieser Gegenüberstellung tatsächlich nur die verschwindend geringe Summe für die Wissenschaft in der Westzone ausdrücken. Bei genauerem Hinsehen entlarvt sich diese Darstellung allerdings als ein übliches Machwerk westdeutscher Statistiker.

Zunächst stellt man den 92 Pfennigen Pro-Kopf-Ausgaben für die Wissenschaft Toto- und Lotto-Ausgaben der Bevölkerung, ihre jährlichen Ausgaben für Tabakwaren, Kosmetik, Rundfunk- und Fernsehgebühren gegenüber. In der Tat ist das ein Ausdruck dafür, daß im „Wirtschaftswunderland“ die Masse der Werktätigen materiell nicht in der Lage ist, sich in ausreichendem Maße gute Bücher zu kaufen, Vorträge zu besuchen oder ein Studium selbst zu finanzieren. Was man in dieser Tabelle verschweigt, ist nur, daß die westdeutsche Bevölkerung keineswegs freiwillig auf eine umfangrei-

che Gesprächsgegenstände waren, so sehr zeigte sich jedoch auch in allen Gesprächen das große Interesse der westdeutschen Gäste, mit Angehörigen unserer Universität ausführlich und offen über die Fragen zu sprechen, die heute alle Menschen in beiden deutschen Staaten sehr ernst berühren. Zum Teil weit über die vorgesehene Zeit hinaus wurden diese Fragen erörtert. — Und so verschieden hier und da in Einzelfragen die Ansichten über die Entwicklung in unserer Republik und über die Entwicklung in Westdeutschland waren, so einmütig waren im großen und ganzen die Meinungen in den wichtigsten Fragen.

Einmütig war die Übereinstimmung darin, daß man miteinander sprechen muß und daß Gespräche wie diese, daß die Verständigung zwischen den ehrlichen Menschen aus beiden deutschen Staaten im Interesse der friedlichen Zukunft Deutschlands liegt. Unter anderem brachten im Ernst-Beyer-Haus westdeutsche Studenten eindeutig ihre Ablehnung des geplanten Schröderschen Reiseperrgesetzes zum Ausdruck, das der Vertiefung der Spaltung, der Unterbindung gesamtdeutscher Gespräche dienen soll.

Weitgehende Übereinstimmung herrschte in den meisten Gesprächen über den Charakter der Entwicklung in Westdeutschland. Verschiedene Gäste brachten ihre Beunruhigung über die verstärkte Atomrüstung und den Abbau der Demokratie sowie die zunehmende Faschisierung des Bonner Staates zum Ausdruck. Wenn auch noch nicht alle die Gefahr, die durch die Atomrüstung der Bonner Militaristen droht, in ihrer ganzen Größe überblicken, so fand doch der Kurs der Adenauer, Strauß und Schröder vielmehr und unumverständliche Mißbilligung. So nannte ein westdeutscher Arzt die Denkschrift der Bonner Hitlergeneräle „eine Unerhörtheit“ und äußerte, wenn er Staatsanwalt wäre, würde er diese Generale vor Gericht stellen. Studenten brachten ihre Besorgnis über die Durchsetzung des Justizapparates im Bonner Staat mit früheren Nazirichtern, über das unbehelligte Dasein von Kriegsverbrechern, wie z. B. des ehemaligen KZ-Kommandanten Böer und seines Beschützers v. Bismarck, über einige Anzeichen wachsender sozialer Unsicherheit und über die Zer-

störung jeglicher echten menschlichen Beziehungen unter den heutigen Bedingungen in Westdeutschland zum Ausdruck. Ein westdeutscher Medizinstudent führte Beispiele der unsicheren Lage und der begrenzten Wirkungsmöglichkeiten des Arztes in Westdeutschland an, die durch die geplante Krankenkassenreform noch mehr verschlechtert werden. Viele Fakten, die von den westdeutschen Gesprächsteilnehmern angeführt wurden, bestätigten die Dringlichkeit der Forderungen, die der westdeutsche Wissenschaftsrat in seinem Gutachten vorgebracht hat.

Die westdeutschen Gäste waren auf der anderen Seite sehr daran interessiert, Einzelheiten über das Leben in unserer Republik, besonders über das Studium und die Lage der Studenten sowie über das Gesundheitswesen und die Wissenschaft in unserer Republik zu erfahren. Vergleiche über die soziale Lage und die Förderung der Studenten in Westdeutschland und in der DDR fielen — und das wurde von den westdeutschen Kommilitonen ausdrücklich hervorgehoben — eindeutig zugunsten unserer Republik aus. — Eine Musikstudentin informierte sich eingehend über die Berufsstruktur in unserem Studienablauf, über den Inhalt der Studienpläne und die Rolle des Kollektivs der Seminargruppe im Studium. Eine chemisch-technische Assistentin interessierte sich besonders für die Ausbildungsprinzipien im Studium und für die klassenmäßige Zusammensetzung der Studentenschaft. Starkes Interesse erregten bei Angehörigen medizinischer Berufe die vorbeugenden Maßnahmen unseres Staates für die Bevölkerung, wie Reihenuntersuchungen, Schutzimpfungen u. a.

Viele der westdeutschen Gäste verschwiegen nicht ihre hohe Anerkennung über die Leistungen und die großzügige Förderung des Gesundheitswesens in unserer Republik sowie über die günstigen Studienbedingungen und die aussichtsreichen Perspektiven unserer Studenten.

Viele Fragen konnten beantwortet, manche Probleme ihrer Klärung nähergebracht werden. Viele neue Kenntnisse konnten auf beiden Seiten gesammelt und einige dauerhafte Verbindungen konnten geknüpft werden. Das ist das fruchtbare Ergebnis dieser Gespräche.

Fackelzug für Frau Prof. Dr. Riemeck

Etwa 200 Studenten der Pädagogischen Akademie Wuppertal versammelten sich am 21. Dezember mit einem Fackelzug von der langjährigen Dozentin der Akademie, Frau Prof. Dr. Renate Riemeck. Mit brennenden Fackeln marschierten sie vor das Haus der tapferen Wissenschaftlerin. Frau Prof. Riemeck, die vor die Haustür getreten war, bezeichnete diese Demonstration als ein unvergessliches Ereignis ihres Lebens.

Auf Grund der Verfolgungsmaßnahmen durch den nordrhein-westfälischen Kultusminister Schütz (CDU) hatte sie sich wenige Tage zuvor gezwungen gesehen, ihren Lehrauftrag an der Pädagogischen Akademie Wuppertal zurückzugeben.

In einer Erklärung schreibt Renate Riemeck, das Verhalten des CDU-Kultusministers lasse erkennen, daß es nicht genüge, die Demokratie zu lehren, sondern daß es „zur Verteidigung der im Grundgesetz verbrieften Rechte eines höheren Einsatzes bedarf“. Sie habe, so betont die Dozentin in ihrem Schreiben weiter, in

der Vergangenheit geglaubt, daß die lebensgefährliche Politik der atomaren Aufrüstung durch die SPD abgewendet werden könne. Diese Hoffnung sei jedoch durch die Beschlüsse des Hannoveraner Parteitages der SPD zerstört worden. Aus diesem Grunde habe sie sich nunmehr entschlossen, ohne Rücksicht auf persönliche Sicherheit ihre ganze Kraft für eine Politik der Entspannung und der Verständigung einzusetzen.

Kieler Studenten lehnen Schröders Gesetzentwurf ab

Wie die Hamburger „Welt“ berichtet, haben sich die Kieler Studenten gegen den Schröderschen Entwurf eines Reiseperrgesetzes gewandt. Das Studentenparlament nahm einstimmig eine Entschliebung an, in der der Bundestag und die Landesregierung Schleswig-Holstein aufgefordert werden, das Gesetz abzulehnen. Die Studenten gaben ihrer Auffassung Ausdruck, daß durch das Gesetz die Spaltung Deutschlands weiter vertieft wird.

Wissenschaft Opfer der Atomrüstung

Eine entschlüsselte Statistik

chere Bildung verzichtet, sondern durch niedrige Löhne, Preistreibelei und dergleichen dazu gezwungen ist. Fragen wir aber weiter: Wer ist denn nun wirklich schuld daran, daß die Wissenschaft in Westdeutschland

in der Tat ein Stiefkind ist? Dieser Frage gehen die Verfasser der Tabelle im „Volkswirt“ wohlweislich nicht nach. Sie zu beantworten, bedarf es nämlich nur einer anderen Gegenüberstellung von Pro-Kopf-

„Die Welt“ widerruft - und lügt weiter

Lügen haben kurze Beine. Diese alte Volksweisheit mußte die Hamburger Zeitung „Die Welt“ in ihrer Ausgabe vom 21. Dezember 1960 bestätigen. Natürlich tut sie dies mit Widerstreben und ebenso lügt sie weiter — sonst wäre sie ja nicht das Organ des Multimillionärs und kalten Kriegers Axel Springer, der zur täglichen Lüge folgende Weisung gab: „Ich rege meine Redakteure fast täglich an, die Unruhe über das verlorene deutsche Gebiet wachzuhalten.“

Warum geht es? Das Gesundheitswesen und die medizinische Wissenschaft haben in unserer Republik eine Perspektive, in der sie ihren tiefsten humanistischen Aufgaben voll gerecht werden können. Dies ergibt sich gesetzmäßig aus dem Wesen des Sozialismus, wo der Mensch im Mittelpunkt allen Mühe steht. Eine solche Perspektive kann dem Gesundheitswesen und der medizini-

schon Wissenschaft die Welt des Imperialismus, der Vorbereitung und Durchführung von imperialistischen Kriegen, der Erniedrigung des Menschen, nicht geben. Das weiß „Die Welt“ und das begreifen auch immer mehr die Ärzte und Mitarbeiter des Gesundheitswesens in Westdeutschland. Um dem entgegenzuwirken, verleumdete die Bonner Militaristen und ihre Schreiberlinge die Ärzte unserer Republik, so auch die Verdienten Ärzte des Volkes Prof. Dr. Obermuth und Oberarzt Dr. Herbst.

In unseren Ausgaben vom 23. 11. und 7. 12. 1960 berichteten wir darüber. Auf Grund der Proteste über die böswilligen und schmutzigen Verleumdungen sah sich „Die Welt“ gezwungen, Auszüge aus einem an sie gerichteten Brief von Prof. Dr. Obermuth zu veröffentlichen. Wir bringen den Artikel der „Welt“ vom 21. 12. 1960 im Wortlaut:

Übermuth: Kein politischer Druck

Ein Brief des Leipziger Chirurgen an die WELT

Der Direktor der Chirurgischen Klinik der Leipziger Karl-Marx-Universität, Professor Übermuth, wandte sich in einem Brief gegen die Meldung „SED-Politik treibt Ärzte zur Flucht“ in der WELT vom 3. November. In dem Schreiben Übermuths heißt es: „Ich erkläre hiermit eideschwurhaft unter Anruf an das Präsidium der Deutschen Chirurgen-Gesellschaft, welchem ich alle Unterlagen unterbreite, daß die Behauptung erlogen ist, daß

1. in der von Ihnen genannten Zeit acht Ärzte der Klinik republikflüchtig geworden sein sollen. Es handelt sich vielmehr um drei, von denen zwei Ärzte ihre Gesundheitsämter sind;

2. keiner der in meiner Amtszeit zur Habilitation gelangten Ärzte, sechs Heeren, nach auch die in Vorbereitung begriffenen zwei Ärzte von mir jemals zu politischen Bekennnissen als Voraussetzung zur Habilitation gezwungen worden wären. Es ist vielmehr nachweisbar, daß allzeit als scharfe Gegner der politischen Verhältnisse bekannte Oberärzte mühelos zur Habilitation gelangten.“

Anmerkung der Redaktion (der „Welt“): Die von uns veröffentlichte Meldung beruhte, wie wir inzwischen feststellen mußten, auf teilweise falsch wiedergegebenen Mitteilungen. Tatsächlich sind nicht in der Zeit von Januar bis Oktober 1960, wie wir berichtet hatten, son-

dern seit dem 1. Januar 1958 sieben Ärzte der Leipziger Chirurgischen Klinik nach dem Westen geflüchtet.

Auch für einen politischen Druck Professor Übermuths auf die Ärzte seiner Klinik ließ sich keine Bestätigung erhalten. Vielmehr hat ein aus Leipzig geflüchteter Oberarzt in einem Abschiedsbrief an Übermuth geschrieben: „Ich kann nicht ohne Gewissenskonflikte den in der DDR geübten Methoden des Aufbaus des Sozialismus zustimmen, nach denen nur der ein Weiterbestehen hat, der „gesellschaftlich aktiv“ ist. Inwiefern ich mich deshalb hätte habilitieren können, hätten nicht Sie, hochverehrter Herr Professor, entschieden, sondern die Leute von der SED.“

Der vorliegende Fall beweist wieder einmal die Schwierigkeit, exakte Informationen aus der Zone zu bekommen. Da die Zonenbehörden eine freie journalistische Betätigung in Mitteldeutschland nicht zulassen, ist es selbst bei größter Gewissenhaftigkeit nicht immer möglich, alle Fehlerquellen auszuschalten.

Wie zu sehen ist, eine Lüge wird zurückgenommen und im gleichen Atemzuge erneut gelogen. Wie könnte es auch anders sein, die ach so bösen Kommunisten sind an allem schuld. Dabei tun sie uns zu viel Ehre an. Die Herren Verfasser tragen selbst dazu bei, daß ihr altes Lied von immer weniger Menschen erhört wird, denn die Lüge muß der Wahrheit weichen.

Prof. Dr. Aresin zum Kommuniqué des Politbüros:

Gesunderhaltung im Mittelpunkt der Arbeit unseres Staates

Eine ergebnisreiche Anwendung medizinischer Kenntnisse ist nur dort möglich, wo die Gesunderhaltung im Mittelpunkt der Arbeit des Staates steht, wo eine enge Zusammenarbeit der Ärzteschaft und des Staates in Erscheinung tritt, im sozialistischen Staat, äußerte der Direktor der Universitäts-Frauenklinik der Verdiente Arzt des Volkes, Prof. Dr. Aresin in einem ADN-Gespräch. „Auch der hervorragende Arzt und Wissenschaftler wird im kapitalistischen Staat seine Erkenntnisse nur bis zu einem gewissen Grad anwenden können, denn die breite Anwendung der Medizin, vor allem der prophylaktischen, erfordert hohe Mittel, über die das Gesundheitswesen der

meisten kapitalistischen Länder nicht verfügt.“

„Auf dem Gebiet der Gynäkologie treten die Unterschiede zwischen einem sozialistischen und kapitalistischen Staat besonders deutlich hervor“, erklärte er. Hier wirken sich unmittelbar staatlichen Maßnahmen, vorwiegend die zahlreichen finanziellen Aufwendungen für werdende Mütter, aus. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Schwangerenberatung, die in der DDR großzügig finanziert und gesetzlich fundiert sei. Der Besuch der Beratungsstelle durch Schwangere liege in der DDR bei 97 Prozent, in den meisten Frauenkliniken bei 99 Prozent.

Es ergäbe sich dann nämlich folgendes Bild:

Ausgaben für die Wissenschaft pro Kopf und Jahr (1960): weniger als 10 D-Mark (vgl. Dokumentation der Zeit, Heft 206/1960, S. 25)

direkte Ausgaben für die Rüstung pro Kopf und Jahr: 220 D-Mark. Also mindestens das 22fache verschlingt der Straußsche Rüstungsset gemessen an den Ausgaben für die Wissenschaft. Bezieht man die indirekten Rüstungsausgaben im Jahre 1960 in diese Berechnung ein, so werden sogar rund 400 D-Mark für die Rüstung ausgegeben.

Fürwahr, ein peinlicher Vergleich. Durch ihn könnten ja die westdeutschen Gelehrten sogar auf den Gedanken kommen, woher denn die dringend benötigten Gelder kommen könnten, die in der Denkschrift des westdeutschen Wissenschaftsrates bis 1964 gefordert werden.

Wir sind sicher, daß gerade dieser Zusammenhang von vielen westdeutschen Gelehrten immer mehr erkannt wird. Nur ihr Kampf für eine friedliche, verständigungsbereite Politik, für die Abrüstung öffnet in Westdeutschland Wege zu einer solchen großzügigen Förderung der Wissenschaft, die bei uns, im sozialistischen Deutschland, Wirklichkeit geworden ist.

W. Bd.
Universitätszeitung, 3. 1. 1961, S. 5

